

**Antworten der CDU Berlin
auf die Wahlprüfsteine
des dbb beamtenbund und tarifunion berlin
zur Abgeordnetenhauswahl 2016**

1. Das Recht des öffentlichen Dienstes ist nach dem Grundgesetz unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzusetzen.

Wie will Ihre Partei diesem Verfassungsauftrag, insbesondere der Fortentwicklung des Berufsbeamtentums, künftig Rechnung tragen?

Antwort:

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist die Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Infrastruktur. Das Berufsbeamtentum bleibt für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben unverzichtbar. Die Beschäftigten des Landes Berlin sind damit der Grundpfeiler für die Zukunftsfähigkeit der wachsenden Metropole. Nicht nur das öffentliche Leben unserer Stadt ist von einer funktionierenden und handlungsfähigen öffentlichen Verwaltung abhängig, auch die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Berlins sieht ohne sie düster aus. Eine bessere Bezahlung, mehr Flexibilität und bessere Entwicklungsmöglichkeiten sind für uns die Voraussetzungen für einen zeitgemäß strukturierten und zukunftsfähigen öffentlichen Dienst.

2. Die Anpassung der Besoldung und Versorgung ist in Berlin über Jahre hinweg in sträflicher Weise dem Gutdünken der Haushaltspolitik überlassen geblieben. Mittlerweile hat aber sogar das Bundesverfassungsgericht in einer Grundsatzentscheidung die enge Verknüpfung zwischen Tarifanpassungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes einerseits und den Anpassungen von Beamtenbesoldung und –versorgung andererseits bestätigt.

Sieht sich Ihre Partei in der Pflicht, diesem Grundsatz uneingeschränkt zu folgen und verlässlich für eine dem Tarifergebnis entsprechende wirkungsgleiche Erhöhung der Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger zu sorgen?

3. Das Land Berlin trägt bei der Beamtenbesoldung die rote Laterne und die negativen Folgen der einseitigen Sparpolitik für die Personalentwicklung treten immer deutlicher zutage. Zu einer Angleichung an die Bezahlung in den anderen Bundesländern enthält die Besoldungserhöhung 2016 die außerordentlich bescheidene zusätzliche Aufstockung um 0,5 Prozent.

Halten Sie diese „Angleichung im Schneckentempo“ für ausreichend bzw. um welchen Prozentsatz beabsichtigt Ihre Partei die Besoldung in den nächsten Jahren zusätzlich zum abgeschlossenen Tarifiergebnis zu erhöhen, um Berlin wieder wettbewerbsfähig mit den anderen Bundesländern zu machen?

Antwort auf Frage 2 und 3:

Die CDU Berlin und Innensenator Frank Henkel haben Berlins Beamten eine längst überflüssige Perspektive gegeben und sich mit ihrer Forderung durchgesetzt, dass die Berliner Beamtinnen und Beamten eine bessere Bezahlung und eine Perspektive für die Angleichung ihres Lohns an den Durchschnitt der Bundesländer erhalten: Zur Angleichung an das Besoldungsniveau des Durchschnitts anderer Bundesländer wurde die Besoldung der Beamten 2014 und 2015 um 2,5 Prozent angehoben.

Für 2016 ist aktuell mit rund 3 Prozent die bundesweit höchste Besoldungserhöhung vorgesehen. Das ist ein erheblicher Schritt im Vergleich zu den Null-Runden der Jahre unter Rot-Rot. Damit wird die Besoldung und Versorgung von 2012 bis 2017 um fast 13 Prozentpunkte erhöht.

Das Ziel der Berliner CDU ist und bleibt es, den bestehenden Rückstand bei der Besoldung der Beamten in Berlin weiter abzubauen. Für die Zukunft streben wir an, eine schnellere Gleichstellung in der Besoldung mit den anderen Bundesländern zu erreichen und die Besoldung entsprechend anzupassen. Dies erhöht nicht nur die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Berlin, sondern ist vor allem als Zeichen der Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten zu verstehen, die entscheidend dazu beitragen, dass das tägliche Leben in unserer Stadt funktioniert.

4. Auch die Tarifbeschäftigten im Landesdienst, die in immer größerer Zahl im dbb berlin organisiert sind, erwarten selbstverständlich eine faire und auskömmliche Bezahlung durch den öffentlichen Arbeitgeber.

Wie wird Ihre Partei ein konkurrenzfähiges Entgelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der nächsten Tarifrunde sicherstellen?

Antwort:

Die CDU Berlin und Innensenator Frank Henkel haben Berlins Beamten eine längst überfällige Perspektive geben. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben im Hinblick auf ihre Entlohnung im Vergleich zu den anderen Bundesländern in den letzten Jahren ein Sonderopfer erbracht. Das konnte so nicht weitergehen. Berlin ist daher 2013 richtigerweise wieder Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder geworden, was sich ab 2017 auswirkt.

Auch im Bereich der Tarifbeschäftigten müssen wir im Wettbewerb um die klügsten Köpfe auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Die CDU setzt sich deshalb für eine angemessene Bezahlung aller Bediensteten im öffentlichen Dienst ein.

5. In Berlin ist die Personaldecke des öffentlichen Dienstes an sehr vielen Stellen geradezu fahrlässig auf Kante genäht. Die wachsende Stadt und neue Aufgabenstellungen erfordern über die bereits beschlossenen zusätzlichen Stellen hinaus weiteres, gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Der demografische Wandel erschwert dabei die Nachwuchsgewinnung.

Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei, um den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger attraktiver zu machen bzw. die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst zu forcieren? Und welche Sofort-Maßnahmen müssen aus Ihrer Sicht zur Entlastung des gegenwärtigen, überlasteten Personals ergriffen werden?

Antwort:

Mit der CDU in Regierungsverantwortung und Innensenator Frank Henkel haben wir die Trendwende geschafft und die Abkehr vom „Dogma der 100.000“ durchgesetzt. Erfolgreich haben wir uns dafür eingesetzt, dass die willkürlich festgelegte Zielzahl von 100.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst bedarfsgerecht und zielgenau nach oben korrigiert wird. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass wieder mehr Stellen in den Berliner Behörden geschaffen werden. Nach Jahren des Sparens und Kürzens beim Personal unter Rot-Rot haben wir daher die Bürgerämter personell verstärkt: So wurden zuletzt 117 zusätzliche Stellen in den Bürgerämtern geschaffen. Dabei setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Personalplanung ein, die mit dem Wachstum der Stadt Schritt hält. Zusätzliche Stellen in der Berliner Verwaltung müssen insbesondere dort geschaffen werden, wo die Berlinerinnen und Berliner in unmittelbarem Kontakt mit der Verwaltung kommen. Neben der bedarfsgerechten Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst wollen wir erreichen, dass offene Stellen im öffentlichen Dienst schneller besetzt werden. Wir streben an, die zum Teil sehr langwierigen Prozesse zur Stellenbesetzung zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Der öffentliche Dienst in Berlin muss konsequent weiter eine Willkommenskultur für Nachwuchskräfte bereitstellen. Gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt und der demografischen Entwicklung ist dies eine zentrale Herausforderung für den Berliner Landesdienst. Mit der Wiedereinführung von Jubiläumszulagen und der Schaffung von Anwärtersonderzuschlägen bzw. Zulagen bei Berufen mit Bewerbermangel haben wir die Personalgewinnung bereits verbessert. Wir haben ein landesweites Standard-System für Online-Bewerbungen eingeführt. Die Bewerbenden können zeit- und kostensparend ihre Unterlagen den Einstellungsbehörden zuleiten und auf Verwaltungsseite werden die Bewerbungen medien-

bruchfrei weiterbearbeitet. Dazu gehört auch die Durchführung von IT-gestützten Eignungstests. Die Verfahrensdauer konnte dadurch bereits deutlich reduziert werden. Der Senat hat eine Arbeitgebermarke für das Land Berlin beschlossen. Das ist ein echtes Novum! Unter dem Motto „Hauptstadt machen“ treten die Landesbehörden zukünftig einheitlich auf und bündeln Ihre Rekrutierungsaktivitäten. Zusätzlich wollen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege, attraktive Arbeitsbedingungen und eine erleichterte Laufbahndurchlässigkeit weiteres Personal gewinnen. Auch wollen wir, dass sich noch mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst entscheiden.

6. Immer häufiger sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere in Aufgabenbereichen mit Publikumsverkehr, Gewalt in den unterschiedlichsten Formen ausgesetzt. Beschimpfungen, Bedrohungen oder auch körperliche Gewalt sind leider keine Seltenheit mehr.

Welche Lösungen zum vorbeugenden Schutz vor derartigen Übergriffen wird Ihre Partei etablieren? Wie sollen Gewalttaten gegenüber öffentlichem Personal künftig geahndet werden?

Antwort:

Die Zahl der verbalen körperlichen Angriffe nicht nur auf Einsatz- und Sicherheitskräfte, sondern auch auf Bedienstete aus vielen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes steigt. Wir glauben, dass die Häufung solcher Vorfälle Ausdruck eines sehr grundsätzlichen Problems unserer Gesellschaft ist: den Bedeutungsverlust von Werten. Dieser Verrohung der Sitten und zunehmenden Gewaltbereitschaft treten wir entschieden entgegen. Wir haben den behördlichen Rechtsschutz auch auf Zivilsachen für Polizeibeamte, die während ihres Dienstes zu Schaden gekommen sind, erweitert. Mit der durch Innensenator Frank Henkel initiierten Kampagne „Respekt? Ja, Bitte!“ haben wir uns dem in Teilen der Gesellschaft voranschreitenden Verlust von Respekt vor unseren Einsatz- und Rettungskräften sichtbar entgegengestellt. Wir unterstützen deshalb die Initiativen zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes auf Bundesebene. Wir stehen als Dienstherrn in der Verantwortung für den Schutz unserer Beamtinnen und Beamten. Wir müssen deutlich machen: Eine Uniform ist keine Zielscheibe. Um unsere Dienstkräfte zu schützen, sind Bodycams für mich nach wie vor eine Option. Tests in anderen Bundesländern haben gezeigt, dass sie mögliche Täter abschrecken und so den Schutz der Polizistinnen und Polizisten verbessern.

7. Der öffentliche Dienst ist unterbesetzt und überaltert. Um das vorhandene Personal motiviert und leistungsfähig zu erhalten, wird betriebliches/ behördliches Gesundheitsmanagement immer wichtiger. Trotzdem werden entsprechende Konzepte bislang – offenbar unter dem vorherrschenden Gesichtspunkt der Kostenneutralität – nur sehr stockend oder gar nicht aufgesetzt.

Teilen Sie diese Auffassung? Welche Ideen zur Etablierung altersgerechter Arbeitsplätze und zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements haben Sie für den öffentlichen Dienst?

Antwort:

Nur wer gesund ist und sich an seinem Arbeitsplatz wohlfühlt, ist auch in der Lage, motiviert und leistungsfähig zu arbeiten. Um psychische Belastungen zu vermeiden, setzt sich die CDU Berlin beim Gesundheitsmanagement für die zentrale Förderung von präventiven Maßnahmen ein, um den Krankenstand im öffentlichen Dienst zu verringern und die Arbeitszufriedenheit zu erhöhen.

8. Die Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie ist ein Kernthema in der modernen Gesellschaft. Welche Einzelmaßnahmen will Ihre Partei zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im öffentlichen Dienst vorrangig realisiert sehen?

Antwort:

Um Familie und Beruf vereinbaren zu können, benötigen Eltern ausgezeichnete Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Gerade die vielen alleinerziehenden Mütter und Väter in unserer Stadt profitieren davon. Aufgrund der wachsenden Anzahl an Kindern in Berlin und der wachsenden Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen durch junge Familien muss der Ausbau der Kitaplätze weiterhin Priorität haben, damit Berlin über eine ausreichende Anzahl an Kindergartenplätzen verfügt. Wichtig für Familien ist Wahlfreiheit – dafür braucht es sowohl eine ausreichende Anzahl an freien Kita-Plätzen wie auch ein vielfältiges Angebot. In Ergänzung zum Kita-Angebot wollen wir im Sinne der Wahlfreiheit auch neue Betreuungsmöglichkeiten schaffen. Wir wollen prüfen, wie die qualitative Betreuung der Kinder auch außerhalb der üblichen Kita-Öffnungszeiten, z.B. durch 24-Stunden-Kitas, gewährleistet werden kann. Außerdem wollen wir das Modell der „Tagesgroßmütter“ als eine familiennahe Form der Beaufsichtigung stärken und die Kindertagespflege in Berlin bedarfsgerecht unterstützen.

In Berlin werden mit 75 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittliche viele Menschen in ihren Familien und/oder in ihren eigenen Wohnungen gepflegt. Die Pflege erfolgt bei der Hälfte aller Fälle allein durch Familienangehörige, fast ein Viertel der Pflegebedürftigen wird zumindest zu einem Teil von Angehörigen gepflegt. Zur Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger haben wir in Berlin eine Vielfalt an Angeboten geschaffen. Die Pflegestützpunkte als wichtige wohnortnahe Anlaufstellen für ältere Menschen, Pflegebedürftige und Angehörige wollen wir auf 36 erhöhen. Dafür wurden im Haushalt 2016/17 pro Jahr 300.000 Euro zusätzlich eingestellt. Mit dem Ersten Pflegestärkungsgesetz der Bundesregierung wurden die Leistungen für die Pflege zu Hause deutlich verbessert, indem pflegende Angehörige entlastet werden. Pflegende Angehörige haben das Recht auf eine Auszeit von bis zu zehn Arbeitstagen und eine Freistellung von bis zu sechs Monaten, sowie - wenn sie keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung haben - einen Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld. Wir haben einen speziellen „Maßnahmenplan pflegende Angehörige“ entwickelt, der die Vernetzung der Akteure erleichtern soll. Er stellt eine Arbeitsgrundlage dar, um die Zusammenarbeit mit den jeweils beteiligten Akteuren voranzutreiben.

Damit es weiterhin möglich bleibt, Pflegebedürftige in der Familie zu versorgen, wollen wir die Vereinbarkeit der Pflege mit dem Beruf und der Familie verbessern. Der Ausbau ambulanter Einrichtungen kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Angebote zur Kurzzeitpflege sollen weiter gefördert und die Unterstützung in der Familie von ehrenamtlich Pflegenden mit Pflegebegleitern gestärkt werden.

9. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, die allzu oft als Prügelknaben für politische Fehlentscheidungen herhalten müssen, fehlt es an Wertschätzung für Ihre Arbeit, und zwar sowohl von der Politik als auch der Öffentlichkeit.

Worin kann sich die Wertschätzung für die Beschäftigten Ihrer Ansicht nach ausdrücken? Und welche Möglichkeiten hat die Politik, eine Wertschätzungskultur gegenüber dem öffentlichen Dienst aufzubauen?

Antwort:

Entgegen der vielerorts immer noch oft vertretenen Ansicht, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen und die Beamten im Besonderen ein eher negatives Image haben, hat sich die tatsächliche Einstellung der Bevölkerung gegenüber den staatlichen Dienstleistern in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Dies geht auch aus den Bürgerbefragungen Öffentlicher Dienst des dbb beamtenbund und tarifunion der vergangenen Jahre hervor.

Als Zeichen der besonderen Wertschätzung haben wir für langjährig treu geleistete Dienste der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter die unter Rot-Rot abgeschaffte Jubiläumsszuwendung wiedereingeführt.

Wir wollen, dass sich das Ansehen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter verbessert und der öffentliche Dienst attraktiver für Nachwuchskräfte wird. So wie wohl noch heute fast jeder den Spruch „Die Polizei – Dein Freund und Helfer“ kennt, sollte am Beispiel der Werbekampagne der Berliner Stadtreinigung (BSR) eine Image- und Werbekampagne für die Notwendigkeit und den Stellenwert der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und deren Aufgaben transparent und öffentlichkeitswirksam in Auftrag gegeben und umgesetzt werden. Die bestehenden Maßnahmen und Projekte der Öffentlichkeitsarbeit sollen gestärkt und weiterentwickelt werden.

10. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben wird in schönster Regelmäßigkeit als Forderung erhoben, obwohl die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Private die Aufgaben nicht unbedingt preiswerter, stattdessen aber schlechter durchführen.

Welche Aufgaben müssen in Ihren Augen weiter vom öffentlichen Dienst wahrgenommen werden? Wo sehen Sie Möglichkeiten, Aufgaben an externe Firmen zu übertragen?

Antwort:

Wir kämpfen für einen sowohl zahlenmäßig als auch inhaltlich leistungsstarken und leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Ohne Frage dürfen staatliche Kernaufgaben nicht an externe Dienstleister abgegeben werden, sondern müssen von Staatsbediensteten übernommen werden. Der rigide Sparkurs und der durch die rot-rote Regierungskoalition jahrelang betriebene massive Personalabbau in der Berliner Verwaltung haben leider spürbare unerwünschte Folgen in Berlin hinterlassen, sodass die in der Fragestellung postulierte Aussage, dass Private die übertragenen Aufgaben nicht preiswerter, stattdessen aber schlechter durchführen, leider in vielen Fällen zutrifft. Dem gilt es entgegenzuwirken.

11. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) hat die Aufgabe, den Investitions-/Sanierungsbedarf auch für den öffentlichen Dienst unter Einbeziehung des Landesbetriebs für Gebäudebewirtschaftung Berlin (LfG) zu organisieren und durchzuführen. Die speziellen Anforderungen der Dienststellen bleiben dabei nicht selten auf der Strecke. Ferner ist bei BIM und LfG trotz des erheblichen Investitionsbedarfs ein Sanierungsstau festzustellen.

Wie hoch schätzen Sie den notwendigen Investitionsbedarf des öffentlichen Dienstes in Berlin für Immobilien, Technik, und Gebäude ein? Wie kann die Arbeit zwischen der BIM und den Nutzern (Behörden) besser organisiert werden? Und wer wird ab 2020 die Aufgaben des LfG übernehmen?

Antwort:

Die Instandhaltung der öffentlichen Gebäude wurde unter dem Vorgängersensat, wie die gesamte öffentliche Infrastruktur, lange Zeit auf Sparflamme gefahren. Durch diese Nachlässigkeit dürfte ein Sanierungsbedarf in Milliardenhöhe entstanden sein. Diesen Instandhaltungsstau müssen wir konsequent abbauen. Dazu muß die BIM echter Dienstleister werden und nicht als verlängerter Arm der Finanzverwaltung fungieren. Die speziellen Bedarfe der Dienststellen sollten ausschlaggebend sein für einen Immobiliendienstleister und nicht die Sparinteressen des Finanzsenators.

12. Lehrer wandern zum großen Nachteil der Berliner Schulen in großer Zahl aus dem Land Berlin in andere Bundesländer ab. Hauptursachen der Abwanderungen sind die schlechte Bezahlung in Berlin und die Tatsache, dass Lehrerinnen und Lehrer in Berlin nicht mehr verbeamtet werden.

Wird Ihre Partei sich für die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin einsetzen, die unabhängig von allen funktionalen Erwägungen ein Gebot der Stunde ist, um ausreichend qualifiziertes Personal rekrutieren zu können?

Antwort:

Berlin benötigt aufgrund seiner sehr heterogenen Schülerschaft besonders motivierte Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb wollen wir den Lehrerberuf in Berlin attraktiver machen. 13 von 16 Bundesländern verbeamten ihre Lehrkräfte. Berlin verliert durch die von rot-rot eingeführte Praxis der Nicht-Verbeamtung zu viele Lehrkräfte an andere Bundesländern bzw. bekommt erst gar keine und vor allem nicht die besten. Deshalb sprechen wir uns klar dafür aus, neuen Lehrkräften das Angebot der Verbeamtung zu machen. Zur Verbeamtung gehört für uns obligatorisch die Einrichtung eines Pensionsfonds, denn wir wollen unseren Kindern keine zusätzlichen finanziellen Lasten aufbürden.